



Foto: R. Weisflog/fotofinder

BÜRGERENERGIE

Die treibende Kraft der Energiewende

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de

ENERGIEWENDE SELBST GEMACHT!

Die treibende Kraft der Energiewende in Deutschland sind bisher vor allem viele engagierte Bürgerinnen und Bürger. Seit Jahren tun sie sich zusammen, um gemeinsam Windräder zu errichten, Solaranlagen zu installieren oder Bioenergien fürs Dorf nutzbar zu machen. Mit diesem Initiativgeist sind wir weit gekommen: Erneuerbare Energien decken bereits rund ein Drittel unseres Stromverbrauchs ab. Die Hälfte davon liefern Anlagen in Bürgerhand.

Grundlage für den Boom ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die rot-grüne Bundesregierung hat es im Jahr 2000 auf Druck der Grünen eingeführt. Heute setzt die große Koalition jedoch wieder auf die alten Rezepte. Sie will den Ausbau der erneuerbaren Energien verlangsamen. Den Fördermechanismus hat sie so verkompliziert, dass professionelle Investoren die Bürgerenergien an den Rand drängen.

Die grüne Bundestagsfraktion will das Bürgerengagement für die Energiewende wieder stärken. Das ist gut fürs Klima, erhöht die Akzeptanz der Energiewende und hält Deutschland auf Zukunftskurs.

DAS IST BÜRGERENERGIE

Die Energieversorgung in die eigenen Hände zu nehmen, demokratisch, ökologisch und dezentral – dafür steht Bürgerenergie. Die Erfolge der Energiewendebewegung sprechen für sich: Etwa 1,5 Millionen Menschen in Deutschland sind inzwischen zu Stromerzeugern geworden. Um die 1.000 Energiegenossenschaften haben sich gegründet.

Bürgerenergie schafft mehr als nur Strom: Die Aktivitäten reichen vom Bau eigener Solarstromanlagen über die Beteiligung an Windparks bis hin zur Gründung von Energiegenossenschaften, die Wohnquartiere oder ganze Orte mit Energie beliefern. Bürgerprojekte übernehmen auch die Wärmeversorgung aus erneuerbaren Quellen. Sie senken den Energieverbrauch und beteiligen sich sogar am Betrieb von Speichern und Netzen. Überall machen sich Unternehmen, Bürgergemeinschaften, Stadtwerke und andere Akteurinnen und Akteure daran, die Energiewelt vor Ort selbst zu gestalten.

Das ist auch wirtschaftlich klug. Denn es sichert lokale Arbeitsplätze im Handwerk und erhöht die regionale Wertschöpfung.



„Bürgerprojekte sind der Schlüssel für eine enkeltaugliche Energieversorgung. Wir Grüne wollen, dass die Erfolgsgeschichte Bürgerenergie weitergeschrieben wird.“

Dr. Julia Verlinden MdB
Sprecherin für Energiepolitik

Foto: J.Reichert/picture alliance

BÜRGERENERGIE IN GEFahr

Statt das Bürgerengagement zu fördern, legt die schwarz-rote Koalition ihm Steine in den Weg. Änderungen im EEG erschweren es den Ökostrom-Genossenschaften zu investieren. Wer etwa auf Windkraft oder große Solarstromanlagen setzt, wird sich ab 2017 an Ausschreibungen beteiligen müssen. Für Bürgerenergiegesellschaften ist das eine enorme Hürde. Denn die Abkehr vom bisherigen Vergütungssystem wird höhere Marktrisiken mit sich bringen und die Preise nach oben treiben. Besonders die Bürgerenergieprojekte sind dadurch gefährdet, da sie sich auf die unkalkulierbaren Finanzierungsrisiken kaum einlassen können. Wir wollen das ändern und dafür sorgen, dass Bürgerenergie die treibende Kraft der Energiewende bleibt.

STROM AUS DER REGION

Wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen, lässt sich Stromversorgung auf kommunaler Ebene sehr gut selbst organisieren. Vier Beispiele stehen für diesen Trend, der von Initiative und Bürgersinn zeugt.

Das kleine Zschadraß bei Leipzig will bis 2050 energieautark werden. Im Ort gründete sich ein Verein samt Stiftung, die gemeinsam Photovoltaikanlagen und Windräder betreiben. Die Einnahmen werden unter anderem zur Finanzierung der Kindertagesstätte genutzt. Im baden-württembergischen Leutkirch haben sich rund 250 Bürgerinnen und Bürger zusammengesetzt und in den Ausbau der Solarenergie investiert. Geeignete Dächer hat ihnen die Kommune zur Pacht überlassen. In Jena-Pößneck hat eine Bürgerenergiegenossenschaft Anteile an den Stadtwerken erworben und investiert nun vor Ort in den Ausbau erneuerbarer Energien. In Niedersachsen und Hamburg arbeiten vier Bürgergemeinschaften als Genossenschaft sogar über die Grenzen von Landkreisen und Bundesländern hinweg zusammen und verkaufen ihren erneuerbaren Strom dort, wo sie ihn erzeugen: direkt in der Region.

FAIRE WÄRME FÜR ALLE

Mit Ideen, Engagement und Kapital machen sich Bürgerinnen und Bürger auch an die ökologische Modernisierung des Wärmesektors. Oft steht der Aufbau oder die Übernahme eines Nahwärmenetzes im Mittelpunkt. Daran können sich die Menschen vor Ort sehr gut beteiligen, sei es als Kapitalgeber, als Wärmelieferanten oder Mitglieder der Betreiber-genossenschaft. Wärmenetze können zudem neue Wärmequellen erschließen.

Wie im schleswig-holsteinischen Honigsee – dort gründete sich eine Genossenschaft, um die Abwärme einer Biogasanlage für ein kommunales Nahwärmenetz zu nutzen. Viele Einwohner legten ihre alten Ölheizungen still, einige hoben selbst die Gräben für die neuen Rohrleitungen aus. Das Ergebnis: 30 Prozent weniger CO₂-Ausstoß und stabile Heizkosten.

In der Kreisstadt Marktoberdorf im Allgäu hat die Kommune in Zusammenarbeit mit zwei Genossenschaften die Fernwärmebereitstellung übernommen. Geheizt wird in Marktoberdorf nun – äußerst klimafreundlich und bezahlbar – mit Restwärme aus einer Futtertrocknungsanlage.



„ENERGIE-KOMMUNEN“ IN DEUTSCHLAND

Dass die Zahl der energiewendebewegten Bürgerinnen und Bürger stetig wächst, wird auf der oben abgebildeten Landkarte Deutschlands deutlich sichtbar. Denn hundert Städte und Gemeinden sind bereits als „Energie-Kommunen“ ausgezeichnet worden. Ein Überblick zum Thema und viele Tipps, wie man den eigenen Ort zur Energie-Kommune machen kann, finden sich unter » kommunal-erneuerbar.de.



Foto: K.-J. Hildenbrand/picture alliance

KOMMUNEN TUN VIEL

Bürgerenergie braucht politische Unterstützung vor Ort. Viele Kommunen haben das erkannt und fördern die Initiativen auf vielfältige Weise:

- » Sie erstellen öffentlich zugängliche Dachflächenkataster, um geeignete Dächer für Photovoltaikanlagen ausfindig zu machen.
- » Sie räumen Bürgerenergieprojekten Rabatte ein, etwa bei der Pacht für Windkraftflächen oder der Dachnutzung für Solaranlagen.
- » Sie benennen Ansprechpartner für Bürgerenergieprojekte – in den Rathäusern und bei öffentlichen Wohnungsgesellschaften.
- » Sie bieten Muster(pacht)verträge für Bürgerenergieprojekte an.
- » Sie unterstützen die Kooperation von Schulen mit Bürgerenergie-Initiativen, etwa über Projektwochen.

STROMNETZE IN BÜRGERHAND

Stromnetze sind Schaltstellen, um die klimaverträgliche Stromeinspeisung zu fördern und zu managen. Wir brauchen also Netzbetreiber, die die Energiewende auch wirklich voranbringen wollen. Mit privaten Anbietern haben zahlreiche Städte und Gemeinden über Jahre schlechte Erfahrungen gemacht. Da in zahlreichen Kommunen die Konzessionsverträge zum Betrieb der Stromnetze innerhalb der nächsten Jahre auslaufen, wollen viele Städte und Gemeinden die Chance nutzen, um die örtlichen Energienetze wieder in eigener Regie zu führen. Häufig sind dort Bürgergenossenschaften die Antreiber.

Etliche folgten dem berühmten Beispiel der EWS Schönau – etwa in Berlin, Hamburg oder Oldenburg. Nicht nur für saubere Energie, auch für die Wertschöpfung vor Ort ist es von Vorteil, wenn der Netzbetrieb in der Hand von Kommunen und Bürgergenossenschaften liegt. Die grüne Bundestagsfraktion will erreichen, dass sie diese Daseinsvorsorge ohne Rechtsunsicherheiten oder andere Hindernisse übernehmen können.

ENERGIE SPAREN UND EFFIZIENTER WERDEN

Noch besser als Energie erneuerbar zu erzeugen, ist Energie zu sparen. Damit der Aufbruch ins Energiesparzeitalter gelingt, brauchen innovative Ideen Rückenwind. An guten Ansätzen fehlt es nicht. Wir möchten alle die unterstützen, die privat in die Energiewende investieren und Geld sinnvoll anlegen wollen.

Ein häufig beschrittener Weg: Genossenschaften sammeln Geld für örtliche Energiesparprojekte. Die aus der eingesparten Energie erzielte Dividende wird dann an ihre Mitglieder ausbezahlt. Im schleswig-holsteinischen Norderstedt wird auf diese Weise der Austausch der ineffizienten Beleuchtung in der Rathausgarage finanziert. Das spart über 60 Prozent Energie.

An der Staudinger Gesamtschule in Freiburg stellten Eltern, LehrerInnen und BürgerInnen die Investitionsmittel für die Strom- und Wärmesparmaßnahmen bereit. Das Geld floss in eine Contracting-Gesellschaft, die sich über die eingesparten Energiekosten finanzierte. Die Bilanz: in acht Jahren 2.650 Tonnen weniger CO₂. Die Energiekosten der Schule sanken dauerhaft um 20 bis 30 Prozent.

MIETERSTROM – SONNE IN DIE STADT HOLEN!

Bisher nutzen vor allem Hausbesitzer die Eigenversorgung mit grünem Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung oder Solaranlagen vom Dach. Wir wollen dieses Tor jetzt auch für Mieterinnen und Mieter aufstoßen.

Zu ihrem Vorteil, wie ein Beispiel aus Berlin zeigt. Dort erzeugen Kombianlagen auf dem Dach eines zwölfstöckigen Mietshauses seit einigen Jahren Strom aus Wind und Sonne. Gemeinsame Betreiber sind Stadtwerk und Wohnungsbaugesellschaft. Der Strom vom Dach ist für die Mieterinnen und Mieter günstiger als der Normaltarif der Stadtwerke. Weil er auch für die Fahrstühle und Beleuchtung der Wohnanlagen genutzt wird, sinken zudem die Nebenkosten.

Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen haben schon Förderprogramme für Stromprojekte in Mietshäusern aufgelegt. Aber es gibt noch Luft nach oben: In Großstädten, wo bis zu 85 Prozent der Menschen zur Miete wohnen, sind Solardächer immer noch selten. So werden in Berlin nur 2,7 Prozent des Potenzials möglicher Photovoltaikleistung genutzt. Mieterstrom würde die Sonne endlich auch in die Städte holen.



Foto: J.Boethling



Foto: J.Sackermann/fotofinder

STROM VON ZU HAUSE

Technische Neuerungen werden es Bürgerinnen und Bürgern künftig erleichtern, selbst Stromerzeuger zu werden. Schon jetzt halten in immer mehr Kellern Stromspeicher Einzug. Wenn die Sonne brennt, kann hier der überschüssige Solarstrom „geparkt“ werden, bis man ihn braucht. Noch ist das für die meisten zu teuer. Doch sind die Batterien erst technisch ausgereifter, werden Speicherlösungen auch für Privathaushalte und Genossenschaften attraktiv.

Kurz vor der Markteinführung stehen auch Mini-Solaranlagen. Sie werden einfach über die Steckdose ans Stromnetz angeschlossen und tragen zur Deckung des eigenen Stromverbrauchs bei. Eine schlichte Idee mit vielleicht großen Wirkungen. Denn so kann fast jeder Strom auf dem eigenen Balkon erzeugen. Weder technisches Knowhow noch viel Geld sind dafür erforderlich. Derzeit fehlen allerdings noch einheitliche Normen, auch in punkto Sicherheit gibt es Bedenken. In den Niederlanden, der Schweiz und Österreich sind solche Mini-PV-Anlagen aber schon erlaubt.

2050 könnte die Hälfte der EU-BürgerInnen ihren eigenen Strom produzieren und dadurch den Strombedarf in der EU zu 45 Prozent decken (lt. Studie von CE Delft: The Potential of Citizen Energy in the European Union).

GRÜN FÜR BÜRGERENERGIE!



Bürgerenergien sollen in der Lage sein, die neue Energiewirtschaft vor Ort zu gestalten und mit den lokalen Energieversorgern Hand in Hand zu arbeiten. Dafür wollen wir werben und die erforderlichen Grundlagen schaffen. Damit die Energiewende auch künftig in Bürgerhand bleibt.

DIE GRÜNEN MASSNAHMEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER BÜRGERENERGIE:

- » Ökostromausbau an den Pariser Klimazielen ausrichten und die Ausbaudeckelungen im EEG streichen.
- » Windstrom-Projekte bis zu 18 Megawatt, Solar-Projekte bis 1 Megawatt Leistung von der Ausschreibungspflicht befreien.
- » Die Belastung von Eigenstrom aus erneuerbaren Quellen und effizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen („Sonnensteuer“) abschaffen.
- » Mieterstrom-Gesetz mit verlässlichen Regeln zur Erzeugung, Nutzung und Speicherung von Mieterstrom.
- » Die regionale Direktvermarktung von Ökostrom erleichtern und gesetzlich absichern.
- » Unnötige Hürden wie die Einbaupflicht von Smart Metern für kleine Ökostrom- und KWK-Anlagen abbauen.
- » Ein 100.000-Speicher-Programm starten, um die dezentrale Versorgung mit Ökostrom zu erleichtern.
- » Genossenschaftlich betriebene Nahwärmenetze fördern. Die dezentrale Einspeisung von erneuerbarer Wärme und gewerblicher Abwärme in bestehende Wärmenetze ermöglichen.
- » Fonds zur Risikoabsicherung von Energiedienstleistern (Contractoren) auflegen und die Bundesstelle für Energieeffizienz zu einem zentralen, unabhängigen Beratungszentrum auch für Bürgerenergie-Akteure ausbauen.

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Dr. Julia Verlinden MdB, Sprecherin für Energiepolitik

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verkehr

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

- » Grün für Bürgerenergie! (Fraktionsbeschluss)
- » Erfolgsmodell Bürgerenergiegewende (Reader 18/34)
- » Faire Wärme – Grüner Bauen, Bezahlfähig Wohnen, Klima Schützen (Fraktionsbeschluss)
- » Klimaschutz vor Ort – Kommunen als Partner (Flyer 18/15)
- » Das spar' ich mir – Energie sinnvoll nutzen (Flyer 18/47)
- » gruene-bundestag.de » Themen » Energie

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

19/6168 EEG-Novelle (Entschließungsantrag)

19/9698 Ausbau der Solarenergie beschleunigen, dezentrale Bürgerenergie und Mieterstrom unterstützen (Antrag)

19/9954 Aktive Kundinnen und Kunden für eine bürgernahe Energiegewende (Antrag)

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Jakina U. Wesselmann

Stand: 2. aktual. Auflage, Mai 2019

